



## PRESSEMITTEILUNG

### **Unkontrollierte Klinikschließungen verhindern**

*Berlin, 20.09.2023* – Zum heutigen bundesweiten Protesttag der Deutschen Krankenhausgesellschaft erklärt Thomas Bublitz, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK): „Wegen der chronischen Unterfinanzierung, die die Politik zu verantworten hat, sind bereits zahlreiche Krankenhäuser in die Insolvenz getrieben worden. Die unkontrollierten Klinikschließungen führen zu schmerzhaften Versorgungsengpässen für die Patient:innen und es gehen Arbeitsplätze verloren.“ Der BDPK, der die Interessen von über 1.300 Krankenhäusern und Reha-/Vorsorgeeinrichtungen in privater Trägerschaft vertritt, hat sich deshalb dem bundesweiten Protest der deutschen Krankenhäuser angeschlossen und fordert neben einem sofortigen Hilfsprogramm eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung, die den Kliniken, den Krankenhausträgern, den Beschäftigten und den Patientinnen und Patienten langfristig Sicherheit bietet.

„Die Politik geht offenbar davon aus, dass die aktuelle Krise mit der geplanten Krankenhausreform gelöst wird. Das stimmt aber nicht! Die Reformpläne werden an der finanziellen Not vieler Kliniken nichts ändern,“ so Thomas Bublitz. Der BDPK hat deshalb in Ergänzung zum heutigen Aktionstag die Kampagne „Krankenhausretten.de“ ins Leben gerufen, mit der auf gravierende inhaltliche Mängel des Reformvorhabens aufmerksam gemacht wird. Der BDPK warnt davor, dass die Reform in ihrer aktuellen Fassung dazu führen werde, dass viele kleinere, leistungsfähige und bedarfsnotwendige Kliniken schließen müssten. Das gelte vor allem im ländlichen Raum, wo den Patientinnen und Patienten weite Wege zur medizinischen Grundversorgung und längere Wartezeiten in den noch verbliebenen Krankenhäusern drohen. Zudem moniert der BDPK, dass die Reform, die Anfang 2024 in Kraft treten soll, ihre beabsichtigte Wirkung allenfalls mit mehreren Jahren Verzögerung entfalten könne, was für die meisten Kliniken viel zu spät ist. Der BDPK fordert von der Politik deshalb neben einer finanziellen Soforthilfe eine integrierte regionale Versorgungsplanung. Diese müsste nicht nur die stationäre, sondern auch die ambulante ärztliche Versorgung, die Übergangspflege und die Rehabilitation in den Blick nehmen. Dies wäre ein Gewinn für die Patient:innen und der ideale Einstieg zu den im Koalitionsvertrag der Ampelregierung vereinbarten Gesundheitsregionen.

Ihre Ansprechpartnerinnen:  
Katrin Giese, Antonia von Randow  
Pressesprecherinnen des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken e.V.  
Friedrichstraße 60, 10117 Berlin



**BDPK**  
Bundesverband  
Deutscher Privatkliniken e.V.

## PRESSEMITTEILUNG

Tel.: 030 - 2 40 08 99 - 0; [mailto: presse@bdpk.de](mailto:presse@bdpk.de)  
[www.bdpk.de](http://www.bdpk.de)  
[www.rehamachtsbesser.de](http://www.rehamachtsbesser.de)

Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK) vertritt seit über 70 Jahren die Interessen von mehr als 1.300 Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken in privater Trägerschaft. Als deutschlandweit agierender Spitzenverband setzt er sich für eine qualitativ hochwertige, innovative und wirtschaftliche Patientenversorgung in Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken ein.